

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/163

Bonn, den 29. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Worte der Besonnenheit 46

Zur letzten Erklärung der Bundesregierung

1a Hubert Humphrey 25

Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten

2 - 2a "... am besten den Mund halten!" 60

Die EPD und ihre "Deurteilung" der Vorgänge in der CSSR

Von Karl Wienand, MdB,

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

3 - 4 Die Chance der Genfer Konferenz 70

Von Gerhard Flämig, MdB

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Soziale Gerechtigkeit für die Frauen

- DGB nimmt auch die Interessen der "Hausfrauen" wahr -

Wie ideal ist die "ideale Frau"?

Kurzmeldungen

Personalien

Worte der Besonnenheit

Zur letzten Erklärung der Bundesregierung

sp - Der letzten Erklärung der von den Unionsparteien und den Sozialdemokraten getragenen Bundesregierung kommt eine besondere Bedeutung zu. Sie stand im Schatten des tschechoslowakischen Dramas, dessen Ende noch nicht abzusehen ist und das vielleicht noch manche die Welt beunruhigende Überraschung in sich birgt. Die tragischen Ereignisse in unserem Nachbarland haben unser Volk zu tiefst aufgewühlt und viel Besorgnis ausgelöst.

Was kann die Bundesrepublik tun, um, soweit es in ihrer Kraft und in ihren Vermögen liegt, die Lage zum Besseren zu beeinflussen? Es hat in diesen aufwühlenden Tagen viele, mehr von Emotionen als von überlegender Vernunft diktierte Ratschläge an die Regierung gegeben, etwa in dem Sinne, es müsse eine radikale Wendung der Bonner Ostpolitik erfolgen, da sie gescheitert sei und eine völlig neue Situation eine neue Verhaltensweise erfordere. Aber ist die Ostpolitik der Großen Koalition wirklich gescheitert? Unsere Freunde in der Welt beurteilen sie als den Versuch, unser Verhältnis zu den östlichen Nachbarn in Ordnung zu bringen. Dieser Versuch zeigte schon Früchte. Die von Moskau, Ostberlin und Warschau in die Welt ausgestreute Mär, die Bundesrepublik sei ein Herd von Kriegstreibern, Revanchisten und Imperialisten, wird selbst von vielen Kommunisten nicht mehr geglaubt. Wo die europäischen Störenfriede sitzen und was sie zu tun bereit sind, offenbarten die erschütternden Ereignisse der letzten Woche. Nicht Truppen der Bundesrepublik vergewaltigten die Souveränität des tschechoslowakischen Volkes, wohl aber Truppen von Staaten, die sich der Welt als Hüter des Friedens empfehlen.

Darum ist es gut, wenn es in der Erklärung der Bundesregierung heißt, sie werde ihre bisherige realistische und illusionslose Arbeit für eine europäische Friedensordnung fortsetzen, aber auch darauf hinwirken, daß die Fundamente der deutschen, europäischen und alliierten Politik verstärkt werden. Eingeschlossen in diesen Rahmen bleibt der Verzicht auf Gewalt bei der Lösung strittiger Probleme.

Die Bundesregierung weiß sich in Übereinstimmung mit vielen Völk-

kern, wenn sie die Forderung erhebt, dem tschechoslowakischen Volk die volle Souveränität zurückzugeben, die ihm durch brutale Gewalt genommen wurde. Es kann keinen Frieden in Mitteleuropa geben, ehe nicht der letzte Soldat der Invasionsarmeen den tschechoslowakischen Boden verlassen hat und die Verfassungsorgane der CSSR ungehindert ihre Rechte ausüben können. Dies ist eine Mahnung an die Weltmächte, sich ihrer besonderen Verantwortung bewußt zu sein und dem moralischen Druck von Völkern jene Beachtung zu schenken, die ihm zukommt. Das Leidgeprüfte tschechoslowakische Volk darf in der Stunde seiner größten Not nicht allein bleiben, denn seine Not ist die Not aller Völker.

Hubert Humphrey

Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten

sp - Die Entscheidung ist gefallen. Die demokratische Partei in den Vereinigten Staaten hat als ihren Kandidaten für die im November fälligen Präsidentschaftswahlen nach langen, erbitterten und mit Leidenschaft geführten Auseinandersetzungen auf dem Konvent in Chicago den Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey bestimmt. Seine Mitbewerber ließ Humphrey weit zurück, hinter ihm stand eine überwältigende Mehrheit der Delegierten. Mit ihm hoffen die Demokraten den Sturm der Republikaner, geführt von Richard Nixon, abschlagen und den Stuhl des Präsidenten wieder besetzen zu können.

Hubert Humphrey kommt aus kleinen Verhältnissen, den Weg nach oben mußte er sich schwer erarbeiten. Er kennt die Nöte dieser großen Nation und das, was sie braucht, um ihre Führungsrolle in der Welt zu behalten. Johnson hatte ihn seinerzeit zum Vizepräsidenten bestimmt und diese Nomination fand besonders den Beifall der Gewerkschaften. Hubert Humphrey gehört zu den Vorkämpfern der Bürgerrechte und gab der amerikanischen Sozialgesetzgebung durch seine Politik des sozialen Fortschritts belebende Impulse. Schon unter Kennedy pflegte Hubert Humphrey den Kontakt zu den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien Europas. Ihn sind die europäischen Probleme nicht fremd. Jetzt steht ihm ein schwerer Kampf bevor. Sein bisheriger Weg weist ihn als einen Mann des Optimismus und der Aufgeschlossenheit aus, gute Voraussetzungen für den Kampf um das Präsidentschaftsamt der USA, ein Kampf, dessen Ausgang nicht ohne Rückwirkungen auf die Weltpolitik sein wird.

"... am besten den Mund halten!"

Die NPD und ihre "Beurteilung" der Vorgänge in der CSSR

Von Karl Wienand, MdB,

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

"Das monatelange enthusiastische Jubelgeschrei westdeutscher Prag-Reisender und Meinungsmacher hat den Sowjets eine Fülle der Vorwände geliefert, deren sie sich jetzt bedienen. Die Bundesregierung trägt hieran eine schuldhafte Mitverantwortung." In diesen beiden Sätzen gipfelte am 21. August, am Tage der Besetzung der CSSR die Erklärung des Parteivorstandes der rechtsextremen NPD zu den Vorgängen in unserem östlichen Nachbarland.

Es ist traurig, aber wahr: Mit der These von der "schuldhaften Mitverantwortung der Bundesregierung" hat sich ausgerechnet jene Partei, die sich "national" und "demokratisch" nennt, in die Reihe jener Ostberliner SED-Propagandisten gestellt, die der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands und in der CSSR - allerdings vergeblich - glaubhaft zu machen versuchten, die Politik der Bundesregierung sei eine der entscheidenden Ursachen für die Intervention von fünf Staaten des Warschauer Paktes gewesen.

Bereits kurz vor der Ulbricht-Visite in Karlsbad hatte die NPD als einzige Partei in der Bundesrepublik, wenn man von der illegalen KPD absieht, den Prager Reformpolitikern jede politisch-moralische Unterstützung versagt und sich über jene amüsiert, die - ungeachtet ihrer anderen politischen Auffassungen - positiv zu den Reformbestrebungen der Prager Reformer Stellung genommen hatten. Am 7. August, also genau 14 Tage vor dem Gewaltakt der fünf Mächte des Warschauer Paktes, stand im NPD-Pressedienst zu lesen, "für einen mit politischer Vernunft Begabten" sei es "schier unerträglich, was hierzulande an Verkennung der wirklichen Verhältnisse im Konflikt der Russen mit den Tschechen geleistet wird: Von Brandt bis Scheel und durch das große gleichgestimmte Chorsingen für die 'guten' Tschechen und

die 'bösen' Russen, obwohl die Russen eine Weltmacht sind und die Tschechen nicht viel ausrichten können."

Mit anderen Worten: Die "mit politischer Vernunft Begabten" in der hannoverschen NPD-Führung empfehlen, Politik ausschließlich nach den stärkeren Bataillonen auszurichten, nach den Interessen einer Weltmacht also, gleichgültig wie stark ihre moralische Position auch immer sein mag.

Daß die Bevölkerung der CSSR, die laut NPD "nicht viel ausrichten" kann, zusammen mit ihrer standhaften Regierung inzwischen jener Weltmacht in Tat und Wahrheit eine politische und moralische Niederlage bereitet, haben die NPD-Leute in Hannover ganz offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen. Denn der NPD-Pressedienst beließ es nicht bei der Veröffentlichung vom 7. August, vielmehr wurde der Artikel wenige Stunden nach dem Einmarsch der Sowjets und ihrer Verbündeten, gleich noch einmal nachgedruckt und in einigen hundert Exemplaren an die Zeitungsredaktionen der Bundesrepublik verschickt.

In der parteioffiziellen Stellungnahme der NPD zu der Okkupation der CSSR vom 21. August heißt es wörtlich: "Die NPD war und ist der Auffassung, daß derjenige, der keinerlei Hilfe zu geben vermag, am besten den Mund halten sollte."

An dieser Äußerung ist eines richtig: Die NPD hätte wirklich besser daran getan, den Mund zu halten, denn ihre national-bolschewistische Kommentierung der Ereignisse in und um Prag hat wirklich niemandem geholfen, es sei denn jenen Wählern in der Bundesrepublik, denen das wirkliche Gesicht der NPD bislang verborgen geblieben war.

Die Veröffentlichungen der NPD haben eindeutig klargestellt, daß diese Partei nicht den geringsten politischen Kredit verdient! Daß die NPD es aber auch noch als Aufgabe ansieht, daß "durch Deutschland und das ganze Europa die Rußlandhasser ebenso gezügelt werden, wie es Bismarck mit Österreich tat", kann nur als Infamie bezeichnet werden, wenn es so aus dem Sprachrohr von Leuten tönt, die schon einmal an ihrem Wesen Europa genesen lassen wollten und dabei einen ganzen Kontinent ins Unglück stürzten.

Die Chance der Genfer Konferenz

Von Gerhard Flämg, MdB

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusehen, daß die Akzente der Konferenz der atomaren Habenichtse, die am 29. August begann, anders gesetzt werden, als zum Zeitpunkt der Einladung vorauszusehen war. Die jüngsten Ereignisse in der CSSR werden das Grundanliegen der Genfer Konferenz in völlig neuem Licht erscheinen lassen: Was können die nicht-nuklearen Staaten tun, um mit einer eventuellen Unterzeichnung des Atomsperrvertrages nicht in hoffnungslose Abhängigkeit von den Atommächten zu geraten, und inwieweit ist gesichert, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie in den Staaten ohne Atomwaffen in keiner Weise beeinträchtigt wird?

Technische Probleme

Kämen auf absehbare Zeit die Ratifikationen nicht zustande, dann würden die technischen Sorgen der atomwaffenlosen Staaten zunächst gegenstandslos. Kommt der Vertrag, allen Widerständen zum Trotz, doch zustande, dann sind insbesondere die Politiker in der Bundesrepublik nicht zu beneiden. Wieder einmal stünden sie vor der Aufgabe, technische Probleme beurteilen und in ihr politisches Kalkül einbeziehen zu müssen, die selbst den Fachleuten noch äußerst schwierig erscheinen. Da ist zunächst die keineswegs gelöste Frage der Kontrolle. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat den fünf unterzeichnungsbereiten Mitgliedsländern Belgien, Bundesrepublik, Italien, Luxemburg und Niederlande geraten, dies nur unter einem Vorbehalt zu tun: Die EURATOM-Kontrolle muß erhalten bleiben, notfalls in einer Art Auftragsverwaltung der Wiener Internationalen Atomenergiebehörde.

Würde diese Bedingung nicht erfüllt, dann würden die fünf westeuropäischen Staaten als "Nichtunterzeichner" gelten mit der möglichen Folge, daß sie von allen Spaltstofflieferungen aus den Unterzeichnerländern ausgeschlossen würden.

Wer die Abhängigkeit der EURATOM-Staaten von den Spaltstofflieferungen aus den USA und Kanada kennt, der weiß, daß dies die Stilllegung unserer Atomkraftwerke und Forschungsreaktoren in absehbarer Zeit bedeuten würde.

Zwar liefern die Amerikaner und Kanadier nicht direkt in die Bun-

desrepublik und ihre Partnerländer. Alles spaltbare Material wird von der EURATOM-Agentur in Brüssel erworben und an die Mitgliedsländer weiter verliehen oder verpachtet. Der Liefervertrag zwischen der Neuen Welt und der EURATOM läuft bis 1995. Doch die Amerikaner haben bereits klargestellt, daß nach der Formel "no treaty - no trade" (kein Vertrag, kein Handel) die Lieferverbotsklausel des Atomsperrvertrages als vorrangig angesehen wird.

Da erhöhe sich die Frage, ob es möglich wäre, auf dem Umweg über Frankreich, das eine eigene Anreicherungsanlage für spaltbares Material besitzt, an Spaltstoffe heranzukommen. Fachleute bezweifeln, daß die Franzosen gewillt und - angesichts ihrer eigenen Atomrüstung - in der Lage wären, ihre EURATOM-Partnerländer ausreichend zu beliefern. Die andere Frage, ob es sich nicht lohne, innerhalb der fünf übrigen EURATOM-Mitgliedsstaaten eine eigene Anreicherungsanlage zu errichten, wird von Fachleuten mit dem Hinweis beantwortet, daß mangels ausreichender technischer Erfahrungen mindestens sieben Jahre vergehen würden, bis eine solche Anreicherungsanlage erstellt wäre, abgesehen von den Milliardenkosten, die das verursachen würde und die wohl kaum ohne weiteres aufzubringen wären, ganz zu schweigen von der Konkurrenzfähigkeit. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik und ihre vier EURATOM-Partner kämen in eine sehr gefährliche Klemme, wenn der Atomsperrvertrag wirksam würde und sie nicht unterzeichneten.

Das Beste aus der Situation machen!

Niemand wird in der gegenwärtigen politischen Situation der Bundesrepublik zuzumuten können, daß sie sich mit der Entscheidung über die Unterschrift zum Atomsperrvertrag sonderlich beeilt. Kanzler Kiesinger und Außenminister Brandt taktieren sehr geschickt hinsichtlich. Der gegenwärtige gewaltige Prestigeverlust der Sowjetunion gibt den atomaren Habenichtsen eine Chance. Möglicherweise wird die Sowjetunion, um ihr Renommee einigermaßen wiederzugewinnen, in nächster Zeit auf dem Parkett der Weltpolitik mit leisen Schlen treten. Die Genfer Konferenz sollte eine solche Situation nutzen und zumindest den Versuch unternehmen, weitere Zugeständnisse seitens der Atomkräfte zu fordern: Besserer Schutz vor Drohung und Erpressung, Verzicht auf die Feindstaatenklausel der UNO-Charta, die der UdSSR die Möglichkeit gibt, Feindseligkeiten mit ehemaligen Feindstaaten aufzunehmen, und schließlich Klärung der Kontrollfrage zwischen EURATOM und Wiener IAEA-Agentur. Wenn das gelänge, hätte die Genfer Konferenz nicht nur trotz allem einen Zweck, sondern auch einen im Sinne des Friedens positiven Erfolg.